



**Das soziale
Deutschland.**

Die bildungspolitischen Sünden der Union

Eine Zusammenstellung

Merkel setzt auf Bildung, aber der Lernfortschritt der Union ist mangelhaft

Sommer 2008: Plötzlich hatte Frau Merkel die Bildungspolitik für sich entdeckt. Sie rief die „Bildungsrepublik“ aus und begab sich wochenlang werbewirksam auf Bildungsreise quer durch's Land. Ein Bildungsgipfel im Oktober sollte schließlich den bildungspolitischen Aufbruch markieren. Doch der breit angekündigte Gipfelsturm verkümmerte zum Sturm im Wasserglas der CDU.

Den großen Erwartungen, die Frau Merkel geweckt hat, konnte sie nicht gerecht werden. Statt konkreter Zusagen hat sie nun vor allem vage Versprechungen vorzuweisen. Beim Bildungsgipfel in Dresden ist eins deutlich geworden: Die Union verliert zwar viele warme Worte zum Thema Bildung. Der Wille zu wirklichen Veränderungen fehlt ihr jedoch. Anders lässt es sich nicht erklären, dass die unionsgeführten Länder sich stur gestellt und im Laufe der Verhandlungen alle konkreten Maßnahmen blockiert haben. Wo es konkret wird, trägt die Qualifizierungsinitiative von Bund und Ländern die Handschrift der SPD.

Unsere Erfolge:

- Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz „ab eins“ und die Förderung des Ausbaus der Kinderbetreuung „unter drei“ mit 12 Milliarden Euro bis 2013.
- Ein Schulbedarfspaket zum Schuljahresbeginn in Höhe von 100 Euro für hilfsbedürftige Kinder
- Das Ziel der Halbierung des Anteils der Schulabbrecher von 8 auf 4 Prozent
- Die Einführung eines Ausbildungsbonus zur Förderung von Ausbildungsplätzen
- Der Rechtsanspruch auf das Nachholen eines Schulabschlusses
- Die Öffnung des Hochschulzugangs für Fachkräfte ohne Abitur
- Die Schaffung von 275.000 zusätzlichen Studienplätzen

Seit geraumer Zeit schreibt die Union gerne bei der SPD ab und redet von gleichen Bildungschancen. Doch das Angebot, auf dem Bildungsgipfel grundlegende Verbesserungen für die Menschen zu vereinbaren, hat sie ausgeschlagen. Das war kein Aufbruchsignal, sondern die altbekannte Melodie der konservativen Bildungspolitik.

Die Unterschiede lassen sich nicht vertuschen: Die SPD-Bildungspolitik stellt immer den Menschen und seine Lebenschancen in den Mittelpunkt. Hingegen geht es der CDU/CSU vor allem um zweierlei: Zum einen um die bloße Verwertbarkeit von Bildung. Maßstab für die Bildungspolitik der Union sind die Interessen der Wirtschaft. Und selbst dieses Ziel nimmt sie nur halbherzig ernst. Denn sie lässt zum anderen wertvolles Potenzial, das in den Kindern liegt, verkümmern. Nach wie vor pocht sie darauf, dass unterschiedliche „Begabungen“ sich auch in entsprechenden Schulformen ausdrücken müssen. Sie schützt die Privilegien von wenigen und blockiert den sozialen Aufstieg für viele.

Ein Blick auf die politische Praxis der Konservativen zeigt, dass Merkel-Worte und CDU-Taten weit auseinander klaffen. Prüfen wir also, was dran ist an den hehren Worten der Kanzlerin. Machen wir die Probe aufs Exempel. Es ist an der Zeit, die bildungspolitischen Sünden der Union aufzulisten.

- ▶ Was macht die Union für die frühkindliche Bildung, für den Ausbau der Betreuungsplätze und die Förderung von Kindern, die von Hause aus schlechtere Startbedingungen haben?
- ▶ Welche Schwerpunkte setzt die Union bei der Unterstützung, und wer genau profitiert eigentlich von den Begünstigungen, die die Union will?
- ▶ Was tut die Union, um die frühe Aufteilung von Kindern auf Bildungszweige und die ungerechte Verteilung von Lebenschancen zu beenden?
- ▶ Was tut die Union, um die Vererbung von Bildungschancen aufzubrechen, bei der noch immer nicht Talent und Leistung, sondern die soziale Herkunft die Zukunft bestimmt?
- ▶ Wie hält es die Union mit der Verantwortung des Staates für gleiche Bildungschancen?
- ▶ Wie hält sie es mit der Gebührenfreiheit von Bildung?

Lernfortschritt mangelhaft: Schwarze Irrtümer auf einen Blick

Soziale Hürden von Anfang an: CDU und CSU haben sich lange gesträubt, die Betreuungsplätze für unter Dreijährige auszubauen, die die SPD-geführte Bundesregierung mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) begonnen hat. Frühkindliche Bildung außerhalb der Familie wurde als staatliche Bevormundung beschimpft. Die Initiative des Bundes wurde von den schwarzen Ländern zurückgewiesen. Auch Ursula von der Leyen sagte noch 2005: "Kinderbetreuung und Ganztagschulen sind Sache der Länder. Da kann der Bund nicht hineinregieren." (Süddeutsche Zeitung, 16.07.2005) Heute hat die Union auf unseren Druck dem vom Bund geförderten Ausbau zugestimmt. Aber sie will gleich wieder einen Schritt zurück und hat das so genannte „Betreuungsgeld“ beschlossen, das Eltern belohnt, die ihre Kinder zu Hause lassen. Ein Irrweg, denn das Betreuungsgeld verhindert gleiche Startchancen für alle Kinder. Und dem Staat fehlt das Geld für gute Kitas.

Frühe Aufteilung von Schülerinnen und Schülern: PISA und andere internationale Vergleichsstudien zeigen, dass in Deutschland der Schulerfolg stark von der sozialen Herkunft abhängt. Längeres gemeinsames Lernen ist in anderen Ländern ein Erfolg. In Deutschland aber werden die Kinder früh auf verschiedene Schulformen verteilt. Kinder wohlhabender Eltern schaffen es auf das Gymnasium. Kinder sozial benachteiligter Familien landen überdurchschnittlich oft auf der Hauptschule, die kaum noch gute Berufschancen eröffnet. Das deutsche „Dreiklassen“-Schulsystem ist überholt. Sogar marktliberale Ökonomen wie Hans-Werner Sinn sagen, es „passt nicht mehr in die heutige Zeit. Es reflektiert die Drei-Klassen-Gesellschaft des 19. Jahrhunderts.“ (Wirtschaftswoche, 13.03.2006) Trotzdem hält die Union am dreigliedrigen System fest.

Steuerprivilegien und Zuschüsse für kommerzielle Kitas und Privatschulen: Die Union setzt auf Privatisierung der Bildungschancen. Immer wieder wird deutlich, dass sie öffentlicher Verantwortung für gleiche Bildungschancen misstraut. Beispiel profitorientierte, privat-gewerbliche Kindertagesstätten: Die Konservativen wollten Kitas fördern, die auf Gewinn ausgerichtet sind und entsprechend hohe Gebühren verlangen. Das können sich nur Wohlhabende leisten. Aber gerade die sollten nach dem Willen der CDU in den Genuss öffentlicher Zuschüsse aus Steuergeldern kommen. Das ist soziale Gerechtigkeit auf den Kopf gestellt: Der Steuerzahler finanziert das Bildungsprivileg weniger. Die SPD konnte das verhindern.

Studiengebühren vertiefen die soziale Spaltung: CDU und CSU sind die Parteien der Studiengebühren. In den Ländern, die sie regieren, vertiefen Studiengebühren die soziale Spaltung. Kinder einkommensschwacher Familien werden vom Studium abgeschreckt. Studien belegen es: Eher gehen Akademikerkinder mit schlechten Noten auf die Uni, als Arbeiterkinder mit guten Noten. Nicht Talent und Leistung, sondern Herkunft entscheidet.

Bafög abschaffen: Die Konservativen haben unter Kohl das Bafög fast lahm gelegt. Ein so genannter „Zukunftsminister“ Jürgen Rüttgers hatte 1998 den niedrigsten Stand an Bafög-Empfängern zu verantworten. Die SPD-geführte Bundesregierung hat das Bafög wieder zum ernsthaften Instrument gleicher Bildungschancen gemacht und mehr Studierende gefördert. 2005 spielte die CDU mit dem Gedanken, das Bafög ganz zu beseitigen und durch private „Studienkredite“ zu ersetzen. Das hat die SPD verhindert. Und: Wir haben durchgesetzt, dass die Bafög-Leistungen jetzt steigen und mehr Studierende Bafög erhalten.

Frühkindliche Bildung? Soziale Hürden von Anfang an

Das Betreuungsgeld als „Bildungsverhinderungsgeld“

- ▶ **Angela Merkel:** „Das [Betreuungsgeld] ist die nächste Etappe, zu der stehen wir genauso wie zu dem Ausbau der Kinderbetreuung unter drei Jahren.“ (Rede auf dem CSU-Parteitag, 28.9.2007).

Alle Studien zeigen: Bildungspolitik, die erst mit der Einschulung einsetzt, tut zu wenig gegen die Vererbung sozialer Unterschiede von Generation zu Generation. Genau deswegen ist die soziale Mobilität so gering in Deutschland. Und genau deswegen brauchen wir so dringend den Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder ab dem ersten Geburtstag. „Frühe Förderung ab eins“ ist ein Ziel der SPD. Wir haben gegen den Widerstand aus der Union durchgesetzt, dass es bis zum Jahr 2013 einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab Eins geben wird. Die SPD kämpft weiter dafür, dass der Besuch einer Kindertagesstätte bis dahin überall gebührenfrei ist. CDU und CSU haben sich lange gegen die frühkindliche Bildung außerhalb der Familie gewehrt. Warum? Weil sie aus ideologischen Gründen gegen die öffentliche Verantwortung für gleiche Lebenschancen waren. Die Förderung der Kinder solle allein private Sache der Eltern sein, ob sie dazu in der Lage waren oder nicht. Diese realitätsblinde Politik hat vielen Jungen und Mädchen aus bildungsfernen Elternhäusern eine frühe Förderung vorenthalten. Sie hat Deutschland zum Spitzenreiter bei ungleichen Bildungschancen gemacht. So wird Zukunft verspielt.

Die Zustimmung zum Ausbau der Tagesbetreuung haben CDU und CSU jetzt mit der Aussicht auf Einführung eines so genannten „Betreuungsgeldes“ verbunden. Wer sein Kind nicht in eine Kita schickt, soll dafür Geld erhalten. Wieder derselbe Fehler: Denn diese Geldleistung ist besonders lohnend für einkommensschwache Familien, deren Kinder besonders auf gute Bildung angewiesen sind. Gerade die Integration von Einwandererkindern, von Konservativen über Jahrzehnte vernachlässigt, wird erschwert. Im Ergebnis droht die Union mit Steuergeldern falsche Anreize zu schaffen und die sozialen Hürden in den ersten Lebensjahren höher zu legen. Das Betreuungsgeld erweist sich als „Bildungsverhinderungsgeld“. Die Union hat nichts dazugelernt.

In Thüringen hat die CDU-Regierung bereits ein „Betreuungsgeld“ eingeführt. Je nach Kinderzahl erhalten die Eltern 150 bis 300 Euro, die ihr zwei- bis dreijähriges

Kind zu Hause lassen. Im Gegenzug hat die Thüringer CDU-Regierung die Zuschüsse für Kindergärten drastisch gekürzt. Im Ergebnis ist die Betreuungsquote für die Kleinsten zurückgegangen – und das vor allem bei Kindern aus sozial schwachen Familien.

Bundeskanzlerin Angela Merkel selbst war es, die der CSU auf deren Parteitag im September 2007 die Einführung des „Betreuungsgeldes“ ab 2013 versprach und im Grundsatzprogramm der CDU verankerte. Die SPD hat das „Betreuungsgeld“ auf Bundesebene verhindert. Im Kindertagesförderungsgesetz (KiföG) steht deshalb lediglich ein Prüfauftrag für die nächste Wahlperiode. Experten stimmen uns zu. Selbst in der Union gibt es Stimmen, die den schwarzen Irrweg erkennen:

- ▶ **Der frühere CDU-Generalsekretär Heiner Geißler** warnte, gerade Eltern sozial benachteiligter Kinder würden sich für das Betreuungsgeld entscheiden und dem Kind so durch den Mangel an frühkindlicher Bildung schaden. *„Das kann man nicht akzeptieren. (...) Das christliche Menschenbild erfordert vor allem, dass die Kinder eine echte Chance haben“. Die soziale Herkunft eines Kindes dürfe nicht über seine Zukunft entscheiden.“* (ddp, 4. September 2007)
- ▶ **Antje Funcke, Bertelsmann Stiftung**, in der Anhörung im Bundestag zum Betreuungsgeld: *„Auch ich (...) glaube, dass es dazu führen kann, dass Kindern Bildung vorenthalten wird. Das ist mit Sicherheit nicht gut und für mich ist es eher ein Zeichen dafür, dass die frühkindliche Bildung immer noch nicht ernst genug genommen wird. Es wird noch nicht ganz sicher erkannt, wie wichtig frühkindliche Bildung ist und wie wichtig es gerade für Kinder aus benachteiligten Familien ist, in den Genuss dieser Einrichtungen und dieser Betreuung und Bildung zu kommen“.*

Zuschüsse für kommerzielle Kitas

Nach dem Willen von Familienministerin von der Leyen sollten profit-orientierte Kita-Unternehmen die gleichen Zuschüsse bekommen wie gemeinnützige Kindertagesstätten. Das konnte die SPD verhindern.

Von der Leyen müsste klar sein, dass gewerbliche Gewinne einer Kita nur über höhere Beiträge oder über schlechtere Versorgung erwirtschaftet werden können. Zu kommerziellen Kitas mit hohen Beiträgen und guter Versorgung aber haben nur die Kinder der Besserverdienenden Zugang. Sie mit Steuergeld zu bezuschussen

heißt, dass einfache Arbeitnehmer über ihre Steuern die Wohlhabenden unterstützen, die ihren Kindern sowieso einen besseren Start geben können. Eine absurde Idee, die soziale Gerechtigkeit auf den Kopf stellt: Schwache Schultern sollen mehr tragen, damit die Starken entlastet werden.

Sämtliche Experten (AWO, GEW, Caritas, Diakonie, Bertelsmann-Stiftung) meldeten in einer Anhörung im Bundestag große Bedenken an:

- Der Staat gibt dadurch einen wichtigen Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge aktiv in die Hände gewinnorientierter Träger.
- Es ist zu befürchten, dass der entstehende „Betreuungsmarkt“ um die Gunst der Eltern mit hohem Bildungsstand und Einkommen buhlt und dass auf diese Weise das soziale Gefälle zwischen den Einrichtungen und zwischen den Stadtteilen noch steiler wird.
- Eine Öffnung der Förderungsklausel könnte zulasten von gemeinnützigen Trägern, wie den Kommunen, den Kirchen und beispielsweise der AWO, gehen.

Gemeinsam Lernen? Frühe Aufteilung von Schülerinnen und Schülern

Festhalten am selektiven Schulsystem

- ▶ *„Die CDU Deutschlands bekennt sich zum gewachsenen gegliederten Schulsystem. [...] Das gegliederte Schulsystem will die CDU weiter ausbauen und verbessern. Wir sind gegen eine Einheitsschule nach rot-grünem Muster“ (Bundesausschuss der CDU, 2005: Beschluss Nr. 2, Für bessere Bildung. Gegen die Einheitsschule!, 24.01.2005)*
- ▶ **Angela Merkel:** *„Die Vielfalt des Bildungssystems hat sich aus meiner Sicht bewährt“ (BILD, 21.8.2008)*

Die Union hält am dreigliedrigen Schulsystem fest. Alle internationalen Studien belegen jedoch, dass das starr gegliederte Schulsystem dringend reformiert werden muss. Die frühe Aufteilung der Kinder auf die verschiedenen Schultypen führt

dazu, dass Kinder gleich am Anfang sortiert und viel zu früh auf einen Bildungsweg festgelegt werden. Der fördernde Impuls eines längeren gemeinsamen Lernens, das den familiären Bildungshintergrund der Kinder ausgleicht, bleibt aus. Die soziale Durchlässigkeit der Schule wird erschwert.

Hier die Fakten:

- Länder, die bei PISA ganz vorne lagen, wie Finnland oder Kanada, zeichnen sich allesamt durch ein integrierendes Schulsystem aus. Kinder lernen dort länger gemeinsam. Insgesamt erreicht dieses Bildungssystem bessere Leistungen für eine größere Zahl von Kindern und Jugendlichen.
- Im Ergebnis des deutschen „Dreiklassen“-Schulsystems zeigt sich: Kinder aus sozial schwachen Familien haben bei gleicher Leistung eine bis zu fünfmal schlechtere Chance ein Gymnasium zu besuchen.
- Das System der frühen Aufteilung nach sozialem Status reicht bis in die Schulpflichtempfehlungen für Kinder nach der vierten Klasse: Selbst bei gleich guten Zensuren bekommen Kinder aus wohlhabenden Akademikerhaushalten häufiger die Empfehlung für das Gymnasium als ihre Klassenkameraden aus ärmeren Familien. Nicht Leistung, Herkunft gibt den Ausschlag. Ungerechter geht es nicht mehr. (Studie von Stefan Hradil, Mainzer Gutenberg-Universität, an allen 35 staatlichen Schulen im Hessischen Wiesbaden.)
- Auf dem Weg zum Abitur ist dabei in Bayern die Chancenungleichheit besonders stark ausgeprägt:
 - Kinder aus wohlhabenden Elternhäusern haben dort eine mehr als sechsfach größere Chance, das Gymnasium zu besuchen und die Reifeprüfung abzulegen, als Schüler aus einem Facharbeiterhaushalt.
 - Das bayerische Schulsystem ist durchlässig vor allem nach unten: 8.000 Schülerinnen und Schüler gehen pro Schuljahr vom Gymnasium zurück in die Realschulen. Von der Realschule ins Gymnasium schaffen es nur 500.
- Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund sind selbst bei gleichem Sozialstatus seltener auf dem Gymnasium und häufiger in den niedriger qualifizierenden Schularten als ihre deutschen Altersgenossen. Ein deutliches Zeichen dafür, dass die verfehlte Einwanderungspolitik der CDU/CSU über lange Zeit eine wirkliche Integration und die gezielte Förderung durch Bildung verhindert hat.

Physisch oder psychisch benachteiligte Kinder erhalten im starr gegliederten Schulsystem kaum eine Chance. Vier Prozent aller Kinder – viel mehr als in anderen europäischen Ländern – werden auf Förderschulen abgeschoben. Die SPD will, dass mehr Kinder mit Behinderungen gemeinsam mit Kindern ohne Behinderungen in die Schule gehen. Denn nur so können alle besser voneinander und miteinander lernen. Doch die CDU/CSU macht da nicht mit und handelt damit gegen den Willen der Menschen.

Fast die Hälfte der Deutschen (45 Prozent) findet das Bildungssystem in Deutschland ungerecht. Die Mehrheit (51 Prozent) meint, dass alle Kinder bessere Chancen hätten, wenn diese möglichst lange gemeinsam unterrichtet würden. Sogar 68 Prozent sind gegen die Aufteilung der Schülerinnen und Schüler auf weiterführende Schulen schon nach der vierten Klasse. Und fast die Hälfte der Deutschen (49 Prozent) befürwortet ein Ende der Grundschule nach der sechsten Klasse (*Quelle: Bertelsmann-Stiftung, 2008, Integration durch Bildung/Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung in Deutschland, Gütersloh*).

Steuerliche Begünstigung des Privatschulbesuchs

Die Union will den Besuch teurer Privatschulen subventionieren. Die Koalitionsparteien hatten sich darauf geeinigt, 30 Prozent des Schulgeldes für Privatschulen absetzbar zu belassen. Die Höchstgrenze sollte bei 3.000 Euro für jedes Kind liegen, damit die Begünstigung des Privatschulbesuchs begrenzt wird und sehr hohe Schulgebühren nicht auch noch staatlich subventioniert werden. Doch die Konservativen stellten die Einigung wieder in Frage. Die Höchstgrenze ist ihnen zu niedrig: „Die Union wird die Auswirkungen einer solchen Begrenzung im Rahmen der parlamentarischen Beratungen hinterfragen.“ (Pressemitteilung der CDU/CSU-Fraktion vom 18.06.2008). Die Höchstgrenze beträgt nun auf Bestreben der Union 5.000 Euro. Von solch einem Schritt profitieren vor allem Spitzenverdiener

Schulabgänger ohne Abschluss

Alle Bildungs- und Arbeitsmarktexperten wissen: Wer keinen Schulabschluss erreicht, dessen berufliche Zukunft ist verbaut. Die SPD hat deshalb durchgesetzt, dass ein Rechtsanspruch auf das Nachholen eines grundlegenden Schulabschlusses eingeführt wird. Jungen Erwachsenen, die in eine Bildungssackgasse geraten sind, eröffnen wir eine zweite Chance. Sie sollen sich – gefördert durch die Bun-

desagentur für Arbeit – auf den Abschluss vorbereiten und so neu starten können.

Lange Zeit hat sich die CDU/CSU und mit ihr die christdemokratische Bundesbildungsministerin Annette Schavan dieser SPD-Initiative in den Weg gestellt. Doch die SPD konnte sich durchsetzen und damit neue Chancen für acht Prozent der Schulabgänger, die jährlich ohne Abschluss dastehen, schaffen.

Gleiche Chancen auf ein Studium? Studiengebühren vertiefen die soziale Spaltung

Die Partei der Studiengebühren

- ▶ **Angela Merkel:** „Dieser Gedanke des Wettbewerbs, dass die Studenten sich aussuchen können, wo sie studieren, dass wir Studiengebühren schaffen, der wird Deutschlands Bildungsniveau nach oben bringen.“ (Sommerinterview mit dem TV-Sender n-tv, 13.9.2006)
- ▶ „Hochschulgebühren sind sozial verträglich.“ (Wahlprogramm der baden-württembergischen CDU von 2006)

CDU und CSU sind die Parteien der Studiengebühren. Wo die SPD regiert, ist das Studium gebührenfrei. In unionsregierten Bundesländern werden zumeist Studiengebühren erhoben. Diese Gebühren verhindern, dass sich mehr Abiturientinnen und Abiturienten aus einkommensschwachen Familien für ein Studium entscheiden. Studiengebühren sind ein weiteres Instrument der sozialen Spaltung im deutschen Bildungssystem. Familien, die wenig Geld haben, sagen: Das können wir uns nicht leisten. Die Folge: Akademikerkinder mit mäßigen Noten studieren öfter als Nichtakademiker-Kinder mit guten Noten. Nicht Leistung, sondern die Herkunft gibt den Ausschlag. So wird akademische Ausbildung wieder zum Privileg. Und das in einer Zeit, in der wir mit aller Kraft in die Wissensgesellschaft starten müssen und dabei auf kein Talent verzichten dürfen.

Die Folgen von Studiengebühren sind klar:

- Laut einer aktuellen Studie des Hochschul-Information-Systems (HIS) schrecken Studiengebühren junge Menschen von der Aufnahme eines Studiums ab. Allein

vom Abiturienten-Jahrgang 2006 haben rund 18.000 junge Menschen angegeben, wegen der neuen Gebühren kein Studium aufgenommen zu haben. Gerade Frauen und jüngere Menschen aus einkommensschwächeren Elternhäusern verzichten aufgrund der Gebühren vermehrt auf das Studium. Kein Wunder, dass Frau Schavan die Ergebnisse dieser Studie vor dem Bildungsgipfel nicht öffentlich diskutieren wollte.

- Die soziale Schere an den Hochschulen geht weiter auseinander. Von 1993 bis 2007 ist der Anteil der Studierenden, die aus Akademikerhaushalten kommen, von 49 auf 60 Prozent gestiegen. Der Anteil unter den Studierenden aus Familien mit geringem Einkommen ist hingegen von 51 Prozent (1993) auf vierzig Prozent (2008) gesunken (*10. Konstanzer Studierendensurvey*).
- Laut statistischem Bundesamt begannen deutlich mehr Erstsemester im Studienjahr 2007 an Hochschulen in Bundesländern, in denen keine Gebühren verlangt werden. Ein Rückgang war hingegen im Saarland, in Baden-Württemberg und Hessen zu verzeichnen. Insgesamt nahm die Zahl der Studienanfänger in den neun Bundesländern, die keine allgemeinen Studiengebühren erheben, überdurchschnittlich zu (*Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 502 vom 12.12.2007*).
- Ein von der Landesregierung Baden-Württemberg eingesetzter Gebührenbeirat aus Hochschul- und Studentenvertretern stellte fest, dass die soziale Selektion „durch die unmittelbar bevorstehende Einführung von Studiengebühren verstärkt worden ist“. Hinzu kommt, dass Bachelorstudenten bei verdichtetem Stundenplan deutlich weniger Zeit haben, neben der Uni ihren Lebensunterhalt zu verdienen (*ZEIT, 05.06.08*).

Entwicklung der Studienanfängerzahlen 2007 in Prozent



Gegen das BAföG

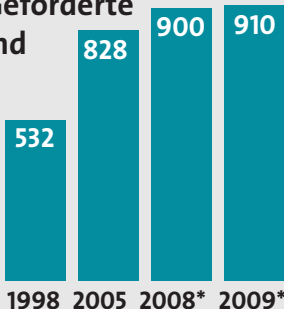
Unter der Kohl-Regierung wäre es CDU/CSU fast gelungen, das BAföG völlig lahmzulegen. Schwarz-Gelb hat den BAföG-Kahlschlag betrieben. Die Zahl der Geförderten betrug 1998, beim Tiefststand unter dem damaligen selbst ernannten „Zukunftsminister“ Jürgen Rüttgers, nur noch 532.000.

Nach der Regierungsübernahme von Rot-Grün hat die SPD dafür gesorgt, dass das BAföG wieder zu dem Instrument für Chancengleichheit wird, das die SPD unter Willy Brandt 1971 geschaffen hatte. Die Gefördertenzahlen sind wieder gestiegen. Die Ausgaben für die Ausbildungsförderung haben wir zwischen 1998 und 2003 von 1,2 Mrd. auf 2,03 Mrd. Euro fast verdoppelt.

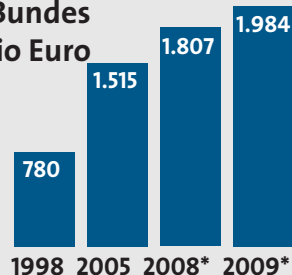
Die SPD hat auch in der Großen Koalition gegen den Willen der CDU die BAföG-Erhöhung durchgesetzt. Wäre es allein nach dem Willen von Bildungsministerin Annette Schavan gegangen, dann gäbe es heute wohl kein Bafög mehr. Stattdessen wären Studierende aus einkommenschwachen Familien auf teure Studienkredite angewiesen, um ihren Lebensunterhalt und die Studiengebühren der Union zu bezahlen.

- ▶ Als **Landesbildungsministerin** im Jahr 2005 nahm **Annette Schavan** noch kein Blatt vor den Mund: *Das BAföG solle nur solange erhalten bleiben, „bis es einen tatsächlich attraktiven Markt der Bildungsfinanzierung gibt“.* (DIE WELT, 5.4.2005).
- ▶ Am 9.02.2006 sagte sie dann zur Beauftragung der KfW, allgemeine Studienkredite anzubieten, in einer Pressemitteilung: *„Die Bundesregierung begrüßt, dass mit dem Angebot ein wichtiger Schritt zur Erschließung eines funktionierenden Marktes der Bildungsfinanzierung gemacht wird.“*

**BAföG-Geförderte
in Tausend**



**BAföG-Ausgaben
des Bundes
in Mio Euro**



Quelle: BMBF / * geschätzt

Doch mit der SPD war eine Schwächung des BAföGs nicht zu machen. Im Gegenteil: Wir haben gegen Schawan & Co. durchgesetzt, dass das BAföG zum Wintersemester 2008/2009 deutlich erhöht wurde.

Lebenslange Chancen? Aufstieg durch Weiterbildung wird blockiert

Die SPD hat im Koalitionsvertrag die hohe Priorität für Weiterbildung und Lebenslanges Lernen verankern können. Das Ziel der SPD ist es, die systematische Weiterbildung zu stärken und zur vierten Säule unseres Bildungssystems auszubauen. Der Arbeitsmarkt von heute stellt große Anforderungen an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Mit der einmal abgeschlossenen Ausbildung hört das Lernen nicht auf. Wer sein Wissen und sein Können im gesamten Berufsleben auf dem Laufenden hält, hat die besten Chancen seinen Arbeitsplatz auch langfristig zu sichern. Deshalb ist Weiterbildung so wichtig.

Auch die Union beklagt den sich abzeichnenden Fachkräftemangel. Was aber tut sie dagegen? Die Bilanz der Bundesbildungsministerin Annette Schavan ist nach drei Jahren Amtszeit äußerst mager. Frau Schavan sitzt zwar am entscheidenden Hebel, doch ohne den Druck der SPD hätte sich wahrscheinlich bis heute nichts bewegt: Nach langen Ankündigen legte sie im Juni 2007 endlich ein Eckpunktepapier zum Bildungssparen und zur Weiterbildungsprämie vor. Ihr Ministerium benötigte dann noch mal über ein Jahr, um aus den Eckpunkten einen Gesetzentwurf zu machen. Ähnlich verhält es sich mit dem übergreifenden Konzept „Lernen im Lebenslauf“. Erst eine Fristsetzung der SPD führte dazu, dass das Bundesministerium überhaupt ein Konzept vorlegte. All das sind erste wichtige Schritte, doch sie reichen lange nicht aus.

Auf Forderung der SPD soll das „Meister-BAföG“ (Aufstiegsfortbildungsgesetz) ausgeweitet werden, damit mehr Menschen den beruflichen Aufstieg durch Weiterbildung schaffen. Die Bundestagsfraktion der Union aber bremst. Sie will eine Reform „light“ – aber nicht mit uns.

Die SPD will, dass auch Fachkräfte ohne ein Abitur sich an der Universität weiterbilden können. Die Voraussetzungen dafür sind in jedem Bundesland unterschiedlich, die bürokratischen Hürden oftmals viel zu hoch. Deshalb brauchen wir

einen bundesweit einheitlichen und erleichterten Hochschulzugang für Fachkräfte ohne Abitur. Doch die Landesfürsten der Union stellen sich quer und verwässern beim Bildungsgipfel das Ergebnis. Anstatt klare und einheitliche Regelungen für die Menschen zu schaffen, geht bei der Union wieder einmal kleinliches Zuständigkeitsgerangel vor.

Das Letzte: Aus der schwarzen Mottenkiste

Die ehemalige hessische CDU-Kultusministerin und persönliche Vertraute von Ministerpräsident Roland Koch, Karin Wolff, und der thüringische Ministerpräsident Dieter Althaus wollen zurück zu den biblischen Zeiten: Wolff wollte die Schöpfungslehre neben der Evolutionstheorie im Biologieunterricht behandeln. Sie schwärmte über die „neue Gemeinsamkeit von Naturwissenschaft und Religion.“ (FAS, 8.7.2007). Es gebe „erstaunliche Übereinstimmungen“ zwischen den Fakten der Evolutionstheorie und der biblischen Schöpfungsgeschichte (TAZ, 6.7.2007). Althaus hatte in einem Festvortrag bei der Verleihung des Deutschen Schulbuchpreises ein Buch als „ausgezeichnetes Lehrbuch“ gelobt, in dem der Autor Siegfried Scherer die biblische Schöpfungslehre als ernst zu nehmende kritische Alternative zum „Darwinschen Ansatz“ bezeichnet. Keine Szene aus Monty Pythons' „Life of Brian“, alles ernst gemeint. Der Fundamentalismus lässt grüßen.

Apropos Thüringen: Dort wollte Dieter Althaus seinen Freund Peter Detlef Krause, der den Neuen Rechten nahe steht, zum Kultusminister ernennen und damit verantwortlich machen für alle Thüringer Schülerinnen und Schüler. Krause hatte in der „Jungen Freiheit“ den Rechtsextremismus bagatellisiert. Erst nach vehementen Protesten hat Althaus einen Rückzieher gemacht – nicht ohne seinen Freund im Geiste nochmals zu loben.

Anhang

Die SPD ist die Bildungspartei

Aufstieg durch Bildung – Chancengleichheit und wirtschaftlicher Wohlstand

Bildungspolitik ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der Bund, Länder und Gemeinden sowie Unternehmen, Verbände und Sozialpartner gemeinsam in der Verantwortung stehen. Die SPD zieht in der Bildungspolitik an einem Strang. Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitiker aus Bund, Ländern und Gemeinden setzen die Ziele sozialdemokratischer Bildungspolitik in die Tat um: mehr Chancengleichheit im deutschen Bildungssystem und den Aufstieg durch Bildung für Alle zu erreichen.

Freier Zugang zu Bildung für alle: Gute Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Deshalb müssen alle finanziellen Hürden im Bildungssystem abgebaut werden. Von der Krippe bis zum ersten Berufsabschluss muss der Zugang zu Bildung gebührenfrei sein.

Beitragsfreie Kitas: Die Kindertagesstätte ist eine Bildungsinstitution. Deshalb ist es nur konsequent, die Eltern von den Gebühren zu befreien. Bis 2013 wollen wir den Besuch einer Kindertagesstätte ab Eins schrittweise gebührenfrei stellen. Dies erfordert bundesweit ca. 3 Mrd. Euro (Einjährige bis Schuleintritt). Der Bund beteiligt sich an diesen Kosten substantiell.

Studiengebühren abschaffen: Studiengebühren sind unsozial und schrecken junge Menschen vor allem aus einkommensschwachen Familien vom Studieren ab. Deshalb müssen sie in den unionsgeführten Ländern abgeschafft werden. Für die SPD steht fest: Mit uns wird es keine Studiengebühren geben.

Flächendeckend Ganztagschulen einführen: Die SPD setzt sich für den flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen ein. Eine gute Ganztagschule braucht zusätzliches qualifiziertes Personal. Die SPD setzt sich dafür ein, dass der Bund den Ausbau der Ganztagschulen unterstützt, indem er ein Programm zur begleitenden Schulsozialarbeit an Ganztagschulen im Rahmen der Jugendhilfe auflegt.

Länger gemeinsam Lernen: Das starr gegliederte Schulwesen, das die Kinder

schon früh auf unterschiedlich anspruchsvolle Bildungswege verteilt, trägt zur sozialen Spaltung der Gesellschaft bei. Unser Schulsystem muss deutlich durchlässiger werden. Die SPD will, dass Schülerinnen und Schüler länger gemeinsam lernen können und wird sich daher für den Ausbau von integrativen Schulformen stark machen.

Die Hauptschule kann ihren Auftrag unter den sich verändernden Rahmenbedingungen nicht mehr erfüllen. Wir wollen sie als Schulform abschaffen.

Schulmittelbedarfs-Paket und Mittagessen: Die SPD hat in der Koalition durchgesetzt, dass der Bund zukünftig für bedürftige Kinder Rahmen eines Schulmittelbedarfs-Pakets die Kosten für die Ausstattung mit Schulmaterialien übernimmt. Wir wollen, dass die Länder sicherstellen, dass alle Schülerinnen und Schüler an einem Mittagessen teilnehmen können.

Geld folgt Studierenden: Wir wollen die Studienfinanzierung so gestalten, dass sie Ländern einen finanziellen Anreiz gibt, mehr Studienplätze zu schaffen. Mit dem Vorteilsausgleich sollen die Lasten zwischen den Ländern gerechter verteilt werden. Das Geld folgt den Studierenden.

Rechtsanspruch auf Nachholen eines grundlegenden Schulabschlusses: Die SPD hat den Rechtsanspruch auf das Nachholen eines grundlegenden Schulabschlusses durchgesetzt. Jeder Schulabgänger und jede Schulabgängerin ohne Schulabschluss erhält das Recht, einen grundlegenden Schulabschluss gefördert durch die Bundesagentur für Arbeit nachzuholen.

Bundesweit einheitlicher Hochschulzugang für Fachkräfte ohne Abitur: Die SPD will mehr Aufstiegsmöglichkeiten im Bildungssystem schaffen. Die Hochschulen sollen sich öffnen für Fachkräfte ohne Abitur. Deshalb wollen wir einen bundesweit einheitlichen und erleichterten Hochschulzugang für Fachkräfte ohne Abitur und neue finanzielle Anreize sowohl für die Studierenden als auch für die Hochschulen setzen. Ein Meister-Abschluss oder ein vergleichbarer Abschluss soll für ein Hochschulstudium qualifizieren. Auch wer eine Berufsausbildung abschließt und über Berufserfahrung verfügt, muss einen fachgebundenen Hochschulzugang erhalten können.

Schüler-BAföG stark machen: Wir wollen das Schüler-BAföG mittelfristig wieder zu einem echten Instrument des sozialen Ausgleichs ausbauen. Schüler und Schülerinnen aus einkommensschwachen Familien sollen auf dem Weg zum Abi-

tur ab der 11. Klasse finanziell unterstützt werden. Mit einem Schüler-BAföG wollen wir die Chancengleichheit in der schulischen Bildung verbessern und die Zahl der

Mehr Geld in Bildung investieren: Die SPD ist zu festen Zusagen bereit. Wir wollen stärker in das Bildungssystem investieren. Die demografische Entwicklung führt zu erheblichen Rückgängen bei der Zahl der Kinder im schulpflichtigen Alter (2005 - 2015 um 1,6 Mio. = 13,5 %). Dies entspricht rechnerisch Minderausgaben von rund 8 Mrd. Euro im Jahr 2015. Die Länder verpflichten sich, die freiwerdenden Ressourcen effizient für Angebotserweiterungen und qualitative Verbesserungen im Bildungssystem zu nutzen. Die SPD wird darauf hinwirken, dass der Bund diese finanzielle Prioritätensetzung durch gemeinsame Maßnahmen unterstützt.

Hochschulzugangsberechtigten erhöhen.

Zum Weiterlesen:

<http://politikmonitor.spd.de/bildung/index.html>